

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1.60.** Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 13.

Wittwoch den 16 Januar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Das Ausgleichsprogramm.

wp. Ausgleichspolitik will Herr von Bülow treiben. Das ist das neue Schlagwort. Vor Kurzem noch hieß es „Sommelpolitik“. Nur das Wort ist anders, nicht das Wesen. Das Wesen ist das alte der bürgerlichen Regierungspolitik, so lange es einen bürgerlichen Parlamentarismus giebt. Es ist der alte, ewig mißglückte und stets wiederholte Versuch der bürgerlichen Regierung, die Interessengegensätze innerhalb der Kapitalistenklasse — nicht etwa die Klassengegensätze, da steht vielmehr die Regierung von Haus aus auf Seiten der Kapitalistenklasse — auszusöhnen, den kapitalistischen Hausstreit zu schlichten. Schon Herr Thiers unter dem französischen „Bürgerkönig“ Louis Philipp gebrauchte das Schlagwort „Transaktion“, Vermittlung zwischen den verschiedenen Interessen ruppen. Dann hieß es Kompromisspolitik. Jetzt also soll es heißen: Ausgleichspolitik.

Das Programm des neuen Reichskanzlers ist sehr einfach. Jeder kriegt das Seine: Landwirtschaft, Handel, Industrie. Sie werden alle mit Liebesgaben bedacht. Daß die Arbeiter dabei nicht in Anschlag kommen, versteht sich von selbst. Dieser Staat ist ein kapitalistischer. Die Arbeiter müssen arbeiten, Steuern zahlen und Militär spielen. Die Sonne der Staatsgunst leuchtet nur den Besitzenden. Mühten nicht die Arbeiter dieser Regierung auch schon dafür dankbar sein, daß sie nicht mit einem Buchstaben- oder Umsturzgesetz bedacht werden? Es geschieht den Arbeitern schon der Wohlthaten viel zuviel — das ist die Meinung der Regierung — und kostet ein Heidengeld, wenn man die kranken und invaliden Arbeiter nicht auf der Straße vorreden, sondern sie summarisch von den Krankenkassenärzten behandeln läßt und ihnen soviel Unterstützung giebt, daß sie mit ihren Familien nur langsam verhungern. Daß Millionen Noth leiden, erscheint in der Ordnung der Dinge; aber der Reichtum der kapitalistischen Millionäre will verzinst werden — dafür zu sorgen, ist Staatsgebot. Das ist so im kapitalistischen Staat, und Wandelung darin erwarten wir jedenfalls nicht von Herrn Bülow. Etwas überrascht hat uns nur, daß diesmal auch vom Mittelstand mit keiner Silbe die Rede war. Man glaubt, die Kleinbürger ignorieren zu können. Ihr Einfluß wird aus der politischen Geschichte des Landes ausgegremt. Was sagen dazu die Antisemiten und die sonstigen Mittelstandskretzer? Einzig die Sozialdemokratie, die sich nicht scheute, den Handwerkern und kleinen Kaufleuten die bittere Wahrheit zu sagen, nämlich daß die kapitalistische Wirtschaft ihren Ruin bedente und daß sie nur durch Anschluß an das Proletariat zur politischen Macht und zum sozialen Wohlstand gelangen können, hat wieder Recht behalten.

Aber sehen wir zu, welche rein kapitalistische Wirkungen dieses Ausgleichsprogramm haben würde.

Getreidezölle — für die Landwirtschaft; Kanalbau — für die Industrie; Kolonialpolitik — für den Handel, die Schifffahrt und abermals die Industrie.

Der Kanalbau würde die Eisen- und Kohlen-Lieferung nach Mitteldeutschland verbilligen und dadurch dessen industrielle Entwicklung wie jene des Eisen und Kohle produzierenden Westens gewiß fördern. Schon der Kanalbau selbst, dieses gewaltige, auf mehrere Jahre berechnete Unternehmen würde eine Industrie in's Leben rufen. Es würde eine zahlreiche Arbeiterschaft heranziehen, und die an seinen Knotenpunkten gelegenen Städte würden sich rasch erweitern. Erst also in Anschlag an den Kanalbau und dann im spekulativen Voranschauen der Verbilligung der Produktion durch die Eröffnung der Wasserstraße wird sich eine industrielle Gründlichkeit entwickeln. Damit wird umso dringender die Frage nach Absatz. Wohin mit den Waarenmassen? Es ist aber gerade die Industrie Mitteldeutschlands, die schon jetzt am meisten auf den asiatischen Markt angewiesen ist. Und der Kanalbau, der eine neue Verbindung mit der Nord- und der Ostsee herstellt, weist erst recht auf den Absatz nach Amerika und Rußland hin. Doch dieser Absatz wäre durch die Getreidezölle gehindert.

Es ist ein wiederholt wahrgenommenes Gesetz, daß Amerika und Rußland desto mehr Industrie waaren

aus Europa einführen, je mehr Getreide sie nach Europa absetzen. Doch selbst abgesehen davon, zeigt doch die handelspolitische Geschichte der letzten Jahrzehnte klar genug, daß beide Staaten eine Erhöhung der deutschen Getreidezölle unfehlbar mit einer neuen energischen Erhöhung ihrer Industriezölle beantworten werden. Was das bedeutet, braucht nicht des Langen auseinanderzusetzen zu werden. Man frage nur in Sachsen und Thüringen an, was die Mac Kinley Bill geschadet hat. Ein volles Fünftel der gesammten deutschen Waareneinfuhr geht nach den Vereinigten Staaten und nach Rußland. Also man spornet durch den Kanalbau die Industrie an, diese industrielle Entwicklung ist schließlich auch nötig, um den Kanalbau selbst zu bezahlen, und zu gleicher Zeit beschränkt man in hohem Maße den industriellen Markt! Es ist genau so, als wenn man in den projektierten Kanal extra Dämme, dazu noch ohne Schleusen, hineingebaut hätte, um den Wasserverkehr zu stören: offenbar würde das nicht nur dem Zweck des Baues zuwiderlaufen, sondern für die ganze Umgebung die Gefahr der Ueberschwemmung heraufbeschwören. So sind auch die Getreidezölle in Verbindung mit dem Kanalbau das wirksamste Mittel, um eine Handelskrisis herbeizuführen.

Aber die Kolonialpolitik? Wie auch die Entwicklung in China und Südasien sein möge, so ist doch für absehbare Zeit auch nicht im Entferntesten daran zu denken, daß sie einen Erlaß für den amerikanischen und den russischen Markt bilden könnten. Auf keinen Fall bringen jene barbarischen Länder das ein, was durch die Abperrung von den zivilisirten Staaten verloren geht. Damit nicht genug, wird die deutsche Industrie in ihrem Wettbewerb mit England und Amerika gerade auf jenen kolonialen Märkten am meisten spüren, welchen Ballast sie sich in den Getreidezöllen aufstapelt. Denn die billigeren Lebensmittelpreise setzen den englischen und amerikanischen Arbeiter in die Lage, eine größere Leistungsfähigkeit zu entwickeln, als der von Kartoffeln ernährte deutsche Arbeiter. Auch haben jene deshalb mehr übrig für ihren kulturellen Lebensbedarf und steigern dadurch die Nachfrage nach Industriewaaren, was durch die allgemeine Produktions-Entwicklung auch dem Export zu Gute kommt.

Die Handelskrisis ist ja das unvermeidliche Ergebnis jedes kapitalistischen Aufschwungs, aber um so planmäßiger auf den raschen Zusammenbruch hinzuwirken, dazu gehört eine ganz besonders große Quantität staatsmännischer Schneidigkeit, die alle Dinge so simpel nimmt und alle Schwierigkeiten so einfach löst, weil sie eben nichts von den Zusammenhängen und Verwickelungen der kapitalistischen Wirtschaft versteht.

Den Vortheil von der Verwirklichung des Bülow'schen Ausgleichsprogramms hätten allein die großen Banken und die Eisenkönige. Die Banken würden von den Anleihen profitieren, welche für den Kanalbau und für die Kolonialpolitik erforderlich sind, und die großen Eisenwerke würden an den Staatsaufträgen sich bereichern. Die Banken würden aber auch den meisten Vortheil ziehen aus der Erhöhung der Getreidezölle: denn, wenn man heute den Sankern höhere Getreidepreise, folglich höhere Renten sichert, so nehmen sie morgen neue Hypotheken auf.

Von jeder staatsmännischen Dummheit, wie von jeder staatsunmännischen Weisheit des Kapitalismus ziehen die Bleichröder u. Co. stets ihre Zinsen!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 14. Januar 1901.

Der Reichstag setzte heute die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fort. Es gab wieder eine ausgedehnte sozialpolitische Debatte.

Der Mann der billigen, aber, wie er — ob aus eigener Erfahrung? — behauptet, schwachhaften Suppen, der Renommiersozialpolitiker des Zentrums, Herr Kaplan und Professor Dr. Hise eröffnete den Reigen der Redner vom heutigen Tage mit einer Leistung, die den tiefen Verfall ultramontaner Sozialpolitik so recht kennzeichnet. Ueberall blies Herr Hise zum Rückzuge: die 12 000 Mark-Affäre will er begraben wissen, der arme Posadowsky — dies Kind, kein Engel ist so rein — soll ferner nicht mehr gekränkt werden; die Bäckerordnung mag, wenn die Bäckermeister und ihre Freunde auf der Rechten es denn durchaus nicht anders

wollen, abgeändert werden u. s. w. Es war für die Raß', daß nach solchen Rückzugs-Trompetenklängen Herr Dr. Hise einige sanfte Flüsterworte über den notwendigen Fortschritt der Sozialpolitik zum Besten gab.

Kräftig rechnete Genosse Hise mit dem Zentrum ab und nicht minder kräftig nahm er das Reichsamt des Innern ins Gebet. Der Redner unserer Fraktion streifte fast alle Gebiete der Sozialpolitik; und überall hatte er von Verfehlungen, Versäumnissen, im günstigsten Falle von Mißgriffen der Regierung und ihrer Organe zu melden. Ganz elegisch bat Graf Posadowsky um etwas mildere Kritik; er, wie seine Adjunkten, der sächsisch-Preussische Reichsrath Fischer und der preussische Geheimrath Werner präsentirten sich natürlich in der beliebten Rolle der verarmten Unschuld; der letztgenannte geheime Rath setzte sich noch dazu aufs hohe Pferd und verführte die Abgeordneten abzukanzeln, als ob er der Oberhofmeister v. Mirbach und der Reichstag die Stabsverordnetenversammlung von Berlin wäre.

Ueber verschiedene handelspolitische Materien erging sich der Dr. Müller-Reinigen von der freisinnigen Volkspartei in längeren Ausführungen. Im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen, dem manchesterlichen Eugen-Sänger Wiemer trat er für ein völliges Verbot der Verwendung von Phosphor bei der Zündholzfabrikation ein. Der Pole v. Czarlinski brachte nicht eben unberechtigte Klagen der Polen zu Sprache und verirrte sich dabei ins Ressort des Reichsjustizamtes.

Die haarsträubenden Mißstände in der Glasindustrie schilderte unser ergrauter Genosse Horn. Die Mehrzahl der nicht eben zahlreichen Mitglieder der bürgerlichen Parteien, die zur Stelle waren, hielt es nicht für nötig, den Ausführungen Horns zu folgen, aus denen sie viel hätten lernen können, und zog es vor, sich in lauten Privatgesprächen zu ergehen.

Dr. Köstler-Kaiserlauten, einer der wüthigsten Agrarierhauptlinge, nahm den Staatssekretär Posadowsky wegen der 12 000 Mark-Affäre in Schutz — sehr bezeichnend; griff ihn dagegen wegen Verzögerung der Einbringung des Zolltariffs an. Ferner redete er noch ein Langes und Breites über amerikanische Fleischzufuhr und sprach von dem Einfluß des Viehhändlers Ballin auf das Reichsamt des Innern, der sich in antiagrarischem Sinne geltend mache: gegen agrarische Einflüsse haben die Herren weniger einzuwenden. — Damit schloß die Beratung.

Morgen steht außer der Fortsetzung der Etatslesung die Duell-Interpellation Trimborn auf der Tagesordnung.

25. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf v. Posadowsky

Die zweite Etatsberatung wird beim Etat des Reichsamts des Innern (Fortdauernde Ausgaben, Titel „Staatssekretär“) fortgesetzt.

Dr. Hise (3): Die 12 000 Mark-Affäre ist durch die präzisen Erklärungen des Reichskanzlers für uns erledigt. Auch die Renommierereien des Herrn Bued können uns nicht veranlassen, für die von Herrn Fischer eingebrachte Resolution zu stimmen. Hoffentlich hat aber das Vorgehen des Herrn Bued das Reichsamt des Innern davon überzeugt, wie gefährlich es ist, mit einem so einseitigen Interessenverband in Beziehung zu treten. Die 12 000 Mark-Affäre bedauern wir, aber von einer Abhängigkeit des Reichsamts des Innern vom Zentralverband kann nicht die Rede sein. Einer solchen Annahme stehen schon die Thaten des Grafen Posadowsky entgegen, ich erinnere nur an seine Stellungsnahme für die Rentenstellen. Ich komme nun zur Sozialpolitik. Für einen erhöhten Schutz der Bäckergehilfen sind wir stets eingetreten, nur über die geeigneten Wege gehen die Meinungen auseinander. In Bezug auf die Arbeitszeit ziehen wir die Wochenregelung vor. — Der Kritik, welche Herr Baran an dem Register der Gewerbeinspektionsberichte vornahm, kann ich mich nicht anschließen. Höchstens wäre es angebracht gewesen, alle Mittheilungen über die Beschäftigung verheiratheter Frauen unter ein Stichwort zu bringen. — Was nun die Hauptfrage, die Fortentwicklung der Sozialreform anlangt, so haben die Herren Baffermann und Köstler bereits sehr dankenswerthe Anregungen gegeben. Nach den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs sind ja auch genug Eisen im Feuer, aber die Entwicklung geht doch allzu langsam vorwärts. Ueber die Frage der gewerblichen Niederarbeit, der Arbeit verheiratheter Frauen und der Hausindustrie werden schon lange Erhebungen angestellt, ohne daß man zu positiven Resultaten kommt. Ebenso steht es mit dem familiären Maximalarbeitstag. Erstlich ist es, daß der Kommission für Arbeiterkassirer wieder neue Aufgaben übertragen sind so Erhebungen über die Arbeitszeit der landwirthschaftlichen Angehörigen und über das Fleischerergewerbe. Was die Krankenversicherungsnovelle und die freien Hilfskassen anlangt, so bitte ich den Staatssekretär, nicht Vorlagen einzubringen, die nachher abgelehnt werden und höchstens Mißthimmung hinterlassen. Sehr wünschenswerth wären nach dem 10jährigen Bestehen der Arbeiter-schutzgesetz Erhebungen über die Wirkung dieser Gesetze. Sollen

